

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Lugau, Langenberg, Falken, Langenchursdorf, Meinsdorf zc.

Der „Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger“ erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich abends mit dem Datum des folgenden Tages. Vierteljährlicher Bezugspreis bei freier Lieferung ins Haus Mk. 1.50, bei Abholung in den Geschäftsstellen Mk. 1.25, durch die Post bezogen (außer Bestellgeld) Mk. 1.50. Einzelne Nummern 10 Pfg. Bestellungen nehmen die Geschäfts- und Ausgabestellen, die Austräger, sowie sämtliche Kaiserl. Postanstalten und die Landbriefträger entgegen. Als Extrablatt erhalten die Abonnenten jeden Sonntag das „Illustrirte Sonntagsblatt“. — Anzeigengebühr für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum 12 Pfg., für auswärtig 15 Pfg.; im Reklameteil die Zeile 30 Pfg. Die 2spaltige Zeile im amtlichen Teil 50 Pfg. Anzeigenannahme für die am Abend erscheinende Nummer bis vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen werden am Abend vorher erbeten. Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt, jedoch nur bei alsbaldiger Zahlung. Die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird möglichst berücksichtigt, eine Garantie jedoch nicht übernommen. — Für Rückgabe unerlangt eingesandter Manuskripte macht sich die Redaktion nicht verbindlich.

Nr. 3.

Fernsprecher Nr. 151.

Freitag, den 5. Januar 1912.

Geschäftsstelle Bahnstraße 3.

39. Jahrgang

Für einen 10jährigen Knaben werden Ziebeltern gesucht. Angebote werden im Rathause, Zimmer Nr. 2, entgegengenommen.
Hohenstein-Ernstthal, am 3. Januar 1912. Der Stadtrat.

Hochelegante Damenpaletots, schwarz,
jezt Mk. 8.00, 12.00, 16.00,
sonst Mk. 12.00, 16.50, 23.00.

Hochelegante Damenpaletots, farbig,
jezt Mk. 5.00, 8.50, 12.50,
sonst Mk. 7.75, 12.50, 17.50.

Alle Mädchenpaletots u. Jacketts
jezt Mk. 2.75, 4.00, 5.00.

Alle Zoppen
für Herren, Damen und Knaben
jezt zu jedem annehmbaren Preise.

Modewarenhaus Karl Seidel
Lugau, ob. Hauptstr. 4. Inh.: Paul Seidel.

Den Reichstagswahlberechtigten zur Beachtung!

Wählen ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine unbedingte zu erfüllende staatsbürgerliche Pflicht jedes Wahlberechtigten. Wer diese Pflicht verläßt und ohne ausreichenden Grund die Abgabe seiner Stimme unterläßt, versündigt sich an seinem Vaterlande und vernichtet den Anspruch auf volle bürgerliche Achtung.

1812—1912.

Das neue Jahr bringt als wichtigste historische Erinnerung diejenige an den Feldzug Napoleons I. nach Rußland, der den Anfang vom Niedergang des römischen Imperators und damit die Einleitung zu den Freiheitskriegen von 1813 bis 1815 bilden sollte, die Europa die Gestalt gaben, die es im wesentlichen bis 1866 und 1870 behalten hat. Dann setzte mit der Wiedererrichtung des von Napoleon zertrümmerten deutschen Reiches in seiner nationalen Kraftform die neueste Zeit ein, die die Landkarte nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Erde so erheblich verändert hat.

Das Jahr 1812 galt seinen Zeitgenossen als ein Jahr des Strafgerichts für Napoleon, der in seinem Siegerübermut die Fürsten und Völker Europas in gleicher Weise demütigte und knechtete. Und doch hat diese dämonische Gestalt in der Weltgeschichte wider ihren Willen gerade Deutschland Segen gebracht, denn seitdem ist mit der unheilvollen Kleinstaaterei, die uns lahm legte, in der Hauptsache ausgeräumt worden, seitdem trat der nationale Charakterzug deutlich in die Erscheinung. Und wir wollen auch darin der Wahrheit die Ehre geben, daß Napoleon auf seinen Gegner getroffen war, der ihm nur ungefähr das Gegengewicht halten konnte. Seiner maßlosen Eroberungssucht hatte er sein Geschick zu verdanken, das ihm als erste, nie wieder gut zu machende Katastrophe die Vernichtung seiner Armee in den russischen Eiswüsten brachte.

Frankreich und Rußland haben sich seitdem noch einmal, im Krimkrieg, als Feinde gegenübergestellt. Heute sind sie seit zwei Jahrzehnten verbündete und werden es bleiben, obwohl die erste heiße Hoffnung, die man in Paris auf diese Allianz setzte, nämlich, daß sie zu einem siegreichen Revanchekriege gegen Deutschland führen würde, längst von der Asche des Sich-Beschheidens bedeckt ist. Beiden Teilen wird nicht daran liegen, eingehend der Ereignisse von 1812 zu gedenken, denn, man mag die Dinge drehen und wenden, wie man will, Rußland war es, das den ersten Anstoß zum Niedergang Frankreichs von der höchsten Macht, die es befehlen hat, gab.

Uns zürnt man an der Seine wegen des Ausgangs von 1870; man hört öfter sagen, wenn wir nicht Elsaß-Lothringen zurückgenommen hätten, so würden auch in Frankreich die Revanchegedanken eingeschlafen sein. Wer das glaubt, befindet sich indessen im Irrtum. Ueber den Verlust des heutigen deutschen Reichslandes, das wir zur Sicherung gegen einen neuen Angriff nicht entbehren konnten, wie sich alle militärischen Autoritäten ausgesprochen haben, wären die Franzosen schon fortgekommen, aber nicht über die Tatsache, daß sie den Deutschen unterlagen, auf die sie bis dahin hinauszuschauen pflegten. Rußland und England haben Frankreich viel härteres angetan; das ist vergessen, aber über den deutschen Sieg kommt man nicht fort.

Es wird nicht an Versuchen fehlen, die dargetun sollen, daß sich Rußland und Frankreich durch die Erinnerung an das Jahr 1812 die Gegenwart nicht trüben zu lassen brauchen. In Paris wie in Petersburg wird sicher behauptet werden, daß es sich damals nicht um staatsliche oder um Volksgegensätze gehandelt, daß vielmehr allein Napoleons Eroberungssucht schuld an dem Zusammenstoß getragen habe. Und das wird für Franzosen wie Russen den beabsichtigten Erfolg haben, denn in der Geschichte ist das Wissen beider Völker wenig hervorragend und sie nehmen gläubig auf, was ihnen die Zeitungen vortragen.

Von Napoleon I. stammt auch das bekannte Wort: „In fünfzig Jahren ist Europa entweder republikanisch oder sozialistisch.“ In den über hundert Jahren, die seitdem verfloßen sind, ist daraus nichts geworden, und auch heute besteht für eine von diesen beiden Möglichkeiten keine Aussicht. Daß dem so ist, dafür hat nicht zum geringsten Deutschland gesorgt, das sich von den republikanischen Phantastereien ebenso frei weiß, wie von dem Zwange des moskowitzischen Kosolentums. Daß die französisch-russische Verbrüderung stattgefunden hat, ist nur aus den gleichen, wenig freundlichen Anschauungen gegenüber Deutschland erklärlich, denn politisch wie geistig stehen Franzosen und Russen weit auseinander.

Der Untergang von Napoleons Armee in Rußland erneuerte 1812 gerade in Deutschland einen gewaltigen Widerhall, überall im Volk erkannte man es an, daß der Beginn der Erhebung gegen die fremden Unterdrücker nahe sei, und daß mit dieser auch die Freiheit kommen müsse. Den gleichen Volkseifer haben wir 1870 geschaut, er ist auch heute nicht erloschen, wie wir seit dem letzten großen Kriege nie so gewaltig erkannt haben, als im verfloßenen Jahre 1911. Die Geschichte, die große Lehrmeisterin der Staaten und Nationen, beweist uns gerade in der Gegenüberstellung der beiden Jahreszahlen 1812 und 1912, daß die politische Entwicklung auch scheinbar unmögliche Dinge möglich machen kann, daß also das einzig wahre Fundament für das Gedeihen eines Volkes in der eigenen felsenfesten Kraft und in der Erkenntnis dieser Macht beruht.

Tagesgeschichte.

Der deutsche Kronprinz

traf am Mittwoch früh in Berlin ein. Der Kronfolger begab sich nach dem kronprinzlichen Palais, wo er seine Gemahlin und seinen neugeborenen Sohn begrüßte. Die Erklärung des Kronprinzen ist, abgesehen von einer Belegtheit der Stimme, wieder ganz behoben. — Voraussetzlich bleibt der Kronprinz längere Zeit in Berlin. Alle Redereien, die sich an sein Fernbleiben von Berlin am Neujahrstage geknüpft hatten, werden nun hoffentlich beendet sein. Es hieß, der Kronfolger sollte ernstlich krank sein, so daß ihm die Ärzte wegen Ansteckungsgefahr abraten mußten, nach Berlin zu fahren, dann sollte zwischen dem

Kronprinzen und seinem kaiserlichen Vater bittere Feindschaft herrschen, und was des Unfinns mehr war.

Die Aufnahme der Regierungswahlparole.

Die Festhalten an unserer Wirtschaftspolitik und an der Politik der Handelsverträge, besonnene Fortsetzung der Sozialpolitik, Ausfüllung der Lücken in unseren Rüstungen verlangt und als Voraussetzung der Durchführung dieser Forderungen die Bekämpfung der Sozialdemokratie bezeichnet, war kühl bis ans Herz hinan. Die Organe der Linken treten ihr grundsätzlich entgegen, die der Rechten erklären, soweit sie überhaupt in eine Erörterung eintreten, daß die Regierungsumgebung auf den Verlauf des Wahlkampfes keinen merklichen Einfluß ausüben werde. — Es hat fast etwas Mißverständliches, so sagt in ihrer Besprechung die „Tägl. Rdsch.“, wie klar es die Regierung in ihrer Parole sich und anderen Leuten macht, daß diesem Wahlkampf für das nationale Bürgerturn ein leitender Gedanke von führender und werbender Kraft fehlt, den zu finden und zur Geltung zu bringen natürlich die erste und wichtigste Aufgabe einer Regierung sein muß. Während fast wirkt dann auch dieser trotzdem unentwegt vertretene grundsätzliche Optimismus, der zu pessimistischen Betrachtungen keinen Anlaß“ sieht. Der Frontweigerung gegen die Sozialdemokratie fühlt man an, daß sie dem ungeheuren Drängen der äußersten Rechten auf ein Eingreifen der Regierung in den Wahlkampf gern soweit entgegenkommen möchte, als es mit der als geboten erkannten neutralen Haltung zwischen den bürgerlichen Parteien vereinbar ist. — Die nationalliberale „Magdeb. Ztg.“ bemerkt: Für den Reichszankler gibt es nur die Parole gegen die Sozialdemokratie. Für seine Spezialforderungen ist eine Mehrheit vorhanden, die selbst im schlimmsten Fall mehr als zwei Drittel des neuen Reichstags umfassen würde. Ueber die Forderungen des Kanzlers hinaus geht es diesmal jedoch um hohe ideale Werte. Das deutsche Bürgerturn, das auf der einen Seite den Ansturm der Sozialdemokratie abzuwehren hat, verlangt auf der anderen Seite danach, den Platz an der Sonne zu erringen, der ihm bisher immer noch vorenthalten worden ist. Gleichberechtigung aller Erwerbsstände in Politik und Wirtschaftsleben, das ist am Ende doch das eigentliche Ziel, um das der Kampf diesmal geht, und diese Gegensätze sind im Laufe der Zeit tief eingegraben, sie verlangen zu sehr nach einer Austragung durch den Stimmzettel, als daß sie heute noch durch eine einseitige Regierungserklärung verwischt werden könnten. — Die fortschrittlichen Organe erklären in der Wahlparole eine erneute Unterwerfung des Kanzlers unter die Forderungen des „schwarzen Blocks“, betonen aber, daß die Kundgebung, da sie an der Handelsvertragspolitik festhält, die äußerste Rechte unbefriedigt lassen wird.

Zur Wahlbewegung.

Die Einigungsverhandlungen zwischen Nationalliberalen und Fortschrittlichen in der Rheinprovinz sind gescheitert. Auf nationalliberaler Seite erklärt man, die Fortschrittspartei müsse die Verantwortung für ihre Stellungnahme tragen, wenn die Wahlen im Rheinland für den Liberalismus keinen Erfolg bringen würden. Auch die Vorschläge des Präsidenten des Hansabundes, Geheimrat Nieker, der im letzten Augenblick vermittelnd eingriff, hätten bei der Fortschrittspartei kein williges Ohr gefunden.

Deutscher Besuch in Rußland.

Eine Abordnung des Vorstandes des deutsch-russischen Vereins zur Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen mit dem Sitz in Berlin und Filialen in Petersburg und Moskau wird im Februar Petersburg, Moskau und andere Plätze Rußlands besuchen, um noch engere Beziehungen zu den für den Handel zwischen Rußland und Deutschland maßgebenden Kreisen anzuknüpfen. Der seit zwölf Jahren bestehende Verein umschließt in einer Mitgliedschaft von 60 größten Handelskammern

und 20 Verbänden nebst etwa 500 großen deutschen und russischen Firmen den größten Teil der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern.

Vom allgemeinen Knappschaftsverein.

Das Oberbergamt in Dortmund hat dem Allgemeinen Knappschaftsverein einen Satzungsnachtrag gegeben. Von allgemeinem Interesse darin ist, daß die Aufrechnung der reichsgerichtlichen Leistungen auf die knappschaftlichen Pensionsbezüge vorgeschrieben und eine entsprechende Ermäßigung der Bezüge zur Pensionskasse verfügt wird.

Die Aussperrung in der westfälischen Tabakindustrie.

Die Verhandlungen über eine eventuelle Beendigung der Aussperrung in der westfälischen Tabakindustrie, die nun schon elf Wochen andauert und durch die 11 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen werden, sind ergebnislos verlaufen. Der Kampf dauert also fort.

Oesterreich.

Der Minister des Auswärtigen, Graf Veltzke, trat den Behauptungen entgegen, als habe sich die österreichisch-ungarische Diplomatie während des Maroffolandes dem verbündeten Deutschland nicht freundlich genug erwiesen. Er sagt dazu in der „Neuen Fr. Presse“: Die deutsche Regierung habe sich zu dem Wiener Kabinett nur über die wirtschaftliche, nicht aber auch über die kolonialpolitische Seite ihres Maroffunternehmens geäußert. In die kolonialpolitische Frage, die Deutschland allein mit Frankreich austragen wollte, konnte sich Oesterreich daher nicht einmischen. In der wirtschaftlichen hat Oesterreich-Ungarn dem deutschen Reich die Verleugung auf dessen Loyalität die Verhandlungen über die wirtschaftliche Gleichberechtigung und Handelsfreiheit in Maroffo überlassen. Es wollte sich nicht vordrängen und ging darin bis hart an die Verleugung seiner eigenen Interessen.

Frankreich.

Die „schwarze Gefahr“ rückt in greifbare Nähe. Die französische Regierung hat alle vorbereitenden Schritte getan, um zunächst einmal algerische Eingeborene in ihre Armee einzustellen. Glücken die Versuche, dann wird man mit der Aushebung maroffanischer Soldaten schnell genug bei der Hand sein. Die algerischen Kolonisten bereiten dem Plane den Hauptwiderstand, da sie befürchten, man werde den Eingeborenen bei Einführung der Konfiskation auch politische Rechte einräumen müssen. Die Regierung hält die Verleihung solcher Rechte an die Eingeborenen sowieso für unumgänglich und ist daher trotz des Einwandes der Kolonisten entschlossen, schon in aller nächster Zeit eine gemilderte Konfiskation in Algerien einzuführen, wodurch etwa zweitausend jetzt fehlende Mannschaften geliefert werden sollen. Man würde die Leute auch fortab länger, nämlich 16 Jahre anstatt 12, unter den Fahnen zu halten suchen unter Bewilligung einer höheren Pension, die jetzt nach 12 Dienstjahren nur 150 Frank im Jahre beträgt.

England.

Die maßgebenden Persönlichkeiten fahren fort, Deutschland im neuen Jahre mit Freundschaftskundgebungen zu überschütten. Obwohl unsere Leser wissen, wie leicht solche in Worten bestehenden englischen Freundschaftsver Versicherungen wiegen, sei doch das folgende hervorzuheben. Der Bischof von Lincoln betonte in seinem Neujahrsbrief, an die ihm unterstellten Geistlichen, Deutschland sei, vom Standpunkt des Handels betrachtet, ein wertvollere Freund als Frankreich, und englische Kaufleute hätten allen Grund, für die deutsche Intervention in Maroffo dankbar zu sein. Mehrere Minister äußerten sich in ihren Neujahrsbriefen an das Organ der internationalen Schiedsgerichtsliste in ähnlichem Sinne. Kriegsminister Balfour sagte, er hoffe und glaube, daß die Zukunft bessere und innigere Beziehungen zwischen beiden Ländern bringen werde. Es sei kein Grund vorhanden, weshalb sich das nicht erreichen lasse. Wenn es auch einige Zeit erfordern werde.